

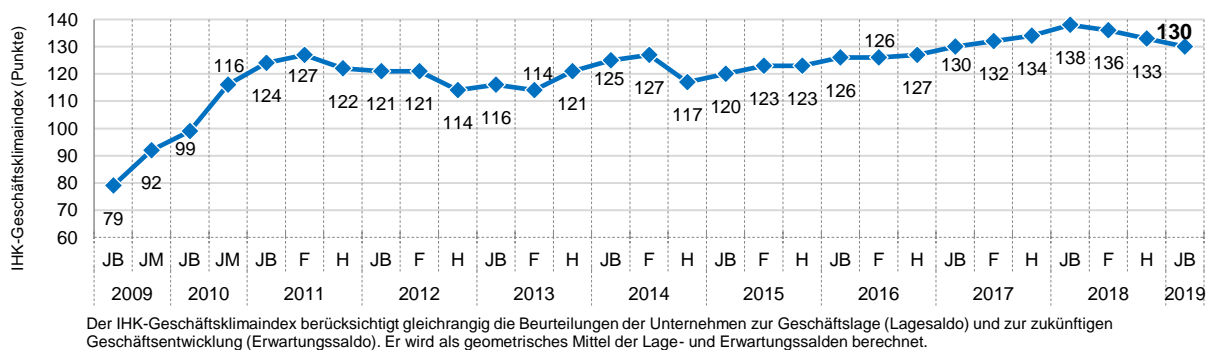
Pressemitteilung

Konjunkturumfrage der sächsischen IHKs zum Jahresbeginn 2019: Wachstumstempo lässt nach

Chemnitz/Dresden/Leipzig, 7. Februar 2019

Die sächsische Wirtschaft ist auch 2018 gewachsen. Die aktuelle Konjunkturumfrage der sächsischen Industrie- und Handelskammern, an der sich **1.760 Unternehmen** aus Industrie, Baugewerbe, Einzel- und Großhandel, Dienstleistungen und Verkehr mit rund 98.000 Beschäftigten beteiligten, zeigt allerdings, dass die Konjunktur ihren Zenit überschritten hat. Die wirtschaftliche Entwicklung wird sich mit gedrossem Tempo fortsetzen.

Der **IHK-Geschäftsklimaindex** drückt die abgeschwächte Wachstumsdynamik der sächsischen Wirtschaft aus. Vor allem aufgrund der zuletzt verhalteneren Prognosen geht der Index weiter auf aktuell 130 Punkte zurück.



Die **Geschäftslage** der Unternehmen bewegt sich zum Jahresbeginn 2019 auf dem Niveau der beiden Vorumfragen im Frühjahr und Herbst 2018, liegt allerdings unter der vom Jahresbeginn des Vorjahres. Aktuell bewerten 63 Prozent der Unternehmen ihre Lage mit gut (JB 2018: 67 Prozent). Der Lagesaldo aus guten und schlechten Urteilen bewegt sich mit 7 Prozentpunkten auf hohem Niveau, aber merklich unter dem Höchststand von 2018 mit 63 Prozentpunkten. Die **Geschäftserwartungen** der Unternehmen geben in allen Wirtschaftsbereichen gegenüber dem Vorjahreszeitraum nach. Für die kommenden 12 Monate rechnen 88 Prozent mit besseren oder gleich bleibenden Geschäften (JB 2018: 93 Prozent).

Die Branchen

In der sächsischen **Industrie** setzt sich das Wachstum fort. Die Stimmung ist aber weniger euphorisch als Anfang 2018. Eine Vielzahl von Geschäftsrisiken bremst zunehmend das konjunkturelle Wachstum. Die Geschäftslage verringert sich auf +57 Saldopunkte – ein Rückgang um 8 Prozentpunkte binnen Jahresfrist. Tendenziell eher verhaltene bis rückläufige Auftrags-eingänge aus dem In- und Ausland lassen den Blick auf die nächsten Monate eher vorsichtiger ausfallen. Von daher geben die Geschäftserwartungen erneut nach. Der Saldo fällt von 23 Saldopunkten zu Jahresbeginn 2018 auf nun 10 Punkte.

Sowohl bei den konsumorientierten als auch bei den unternehmensnahen **Dienstleistern** ist die Stimmung dank der starken Binnennachfrage hervorragend. Die Einschätzung zur Geschäftslage ist nahezu unverändert auf hohem Niveau. Die Geschäftsaussichten bleiben auch für 2019 insgesamt zuversichtlich, dennoch geben die Prognosen nach. Der Erwartungssaldo, der Anfang 2018 bei 18 Saldopunkten lag, notiert gegenwärtig bei 11 Punkten.

Dank der anhaltend starken Auftragslage und der hohen Kapazitätsauslastung läuft die **Bauwirtschaft** weiter auf Hochtouren. Die Bauunternehmen sind mit ihrer Geschäftslage sehr zufrieden und gehen mit gut gefüllten Auftragsbüchern ins neue Jahr. Gut drei von vier Befragten beurteilen ihre Geschäfte mit „gut“. Nur 3 Prozent sind mit ihrer Situation unzufrieden. Mit 75 Saldopunkten verfehlt die Baubranche nur knapp ihr Allzeithoch aus der vorherigen Umfrage. Die Geschäftserwartungen geben saisonal bedingt etwas nach, wobei insgesamt vier von fünf Unternehmen gleichbleibende Geschäfte prognostizieren.

Das Weihnachts- und Jahresendgeschäft führte den sächsischen **Einzelhandel** aus der Stimmungsdelle des Herbstes. Die Geschäftslage zieht wieder an. Die Branche profitierte von einer stabilen Arbeitsmarktlage, Einkommenszuwächsen und niedrigen Zinsen, muss sich aber auch einem harten Preiswettbewerb und einer stark wachsenden Zahl von Online-Anbietern stellen. Per Saldo bewegt sich damit die Lageentwicklung mit 45 Punkten unter der des Vorjahres (49 Punkte), aber günstiger als im Herbst. Trotz der wieder besseren Geschäfte bleiben die Einzelhändler mit ihren Geschäftserwartungen Anfang 2019 eher zurückhaltend. 64 Prozent der Firmen rechnen mit einer gleich bleibenden Geschäftslage.

Die Geschäftslage im sächsischen **Großhandel** bleibt auf hohem Niveau stabil, hat aber im Jahresverlauf etwas nachgegeben. Er profitiert von Aufträgen aus Industrie und Bau sowie von der Konsumlaune der Verbraucher. Viele Händler konnten zudem am weiteren Wachstum des Online- und Versandhandels teilhaben. Rund ein Viertel der befragten Großhändler ist auf Online-Plattformen präsent oder betreibt eigene Onlineshops. 52 Prozent der Unternehmen vermelden aktuell eine gute Geschäftslage, jedes zehnte ist nicht zufrieden. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen verbessern sich gegenüber der Herbstumfrage. Sie erreichen aber noch nicht wieder das Vorjahresniveau.

Im sächsischen **Verkehrsgewerbe** setzt sich die solide Geschäftsentwicklung nach einer saisonal bedingten Delle im Frühjahr fort. Dank der anhaltend starken Nachfrage nach Transportkapazitäten und logistischen Dienstleistungen liegen die Lagebewertungen auf einem insgesamt hohen Niveau. Dennoch wird deutlich, dass neben saisonalen Gründen auch wegen zunehmender Risiken die Stimmung nachlässt. 55 Prozent (JB 2018: 60 Prozent) berichten über eine gute und 6 Prozent über eine schlechte Geschäftslage (JB 2018: 2 Prozent). Die Geschäftserwartungen sind immer weniger von Zuversicht bestimmt. Der aktuelle Prognosesaldo liegt seit drei Jahren erstmals wieder im Minus.

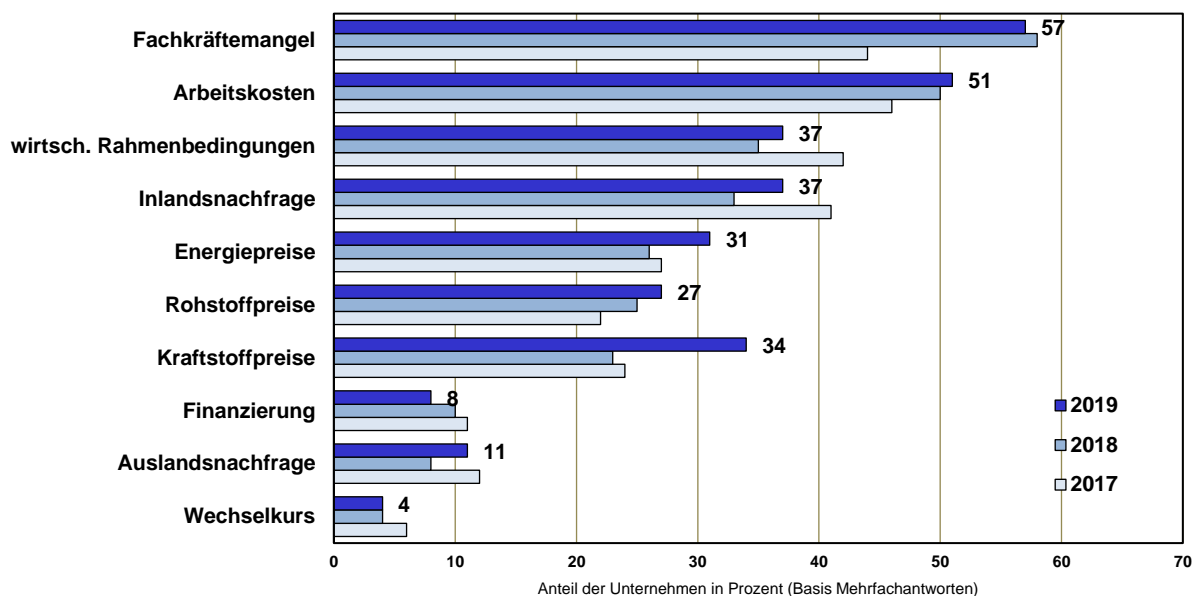
Investition und Beschäftigung

Das **Investitionsengagement** gibt vor dem Hintergrund verhaltener Erwartungen gegenüber Anfang 2018 etwas nach. Die Geschäftsrisiken verbunden mit steigenden Kosten beeinträchtigen zwar auch das Investitionsgeschehen, dennoch erfordern Ersatzbeschaffungen, Rationalisierungsvorhaben und Kapazitätserweiterungen auch weiterhin Investitionen. So planen 70 Prozent gleichbleibende oder steigende Investitionsausgaben (JB 2018: 74 Prozent), 30 Prozent hingegen keine oder abnehmende.

Die **Personalnachfrage** hält zwar weiter an, stellt sich aktuell jedoch verhaltener als noch zu Jahresbeginn 2018 dar. 22 Prozent aller Befragten beabsichtigen in den kommenden 12 Monaten zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen (JB 2018: 27 Prozent). 12 Prozent rechnen mit einer Personalreduzierung in ihren Unternehmen.

Das Risikoradar

Zahlreiche Geschäftsrisiken, Unwägbarkeiten und eine überbordende Bürokratie beeinträchtigen zunehmend die Unternehmen. Insbesondere haben sich die außenwirtschaftlichen Spannungen mit Handelsstreitigkeiten, Sanktionen und Strafzöllen sowie die mit dem Brexit verbundenen Unsicherheiten verschärft, was nicht ohne Folgen für die Auslandsbestellungen und die Exporte bleibt. Im Inland belasten jedes zweite Unternehmen die Entwicklung der Arbeitskosten (u. a. Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge, Mindestlohnhebung) und steigende Rohstoff- und Kraftstoffpreise. Die demografische Entwicklung insbesondere im ländlichen Raum stellt zudem konsumorientierte Branchen vor wachsende Herausforderungen. Das größte Geschäftsrisiko ist aber für 57 Prozent der Unternehmen weiter der Fachkräftemangel. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (Energiepolitik, Arbeitszeitgesetze, Diskussionen um Kohleausstieg, Dieselfahrverbote, Russlandsanktionen) einschließlich wachsender Bürokratie bereiten mehr als einem Drittel (37 Prozent) der Befragten weiterhin massive Probleme.



Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Zur Sicherung und Stärkung des Standortes im Allgemeinen und der Wirtschaftskraft im Speziellen muss durch die Landes- und Bundespolitik weiter an Verbesserungen gearbeitet werden. Nach Ansicht der sächsischen IHKs muss ein besonderer Fokus dabei auf folgende Punkte gelegt werden:

Der Fachkräftebedarf muss durch ein vorbildliches Bildungswesen, attraktive Arbeitsbedingungen und qualifizierte Zuwanderung gesichert werden. Die wichtigsten Stichworte lauten hier ausreichendes und erstklassig qualifiziertes Personal, zeitgemäße Schulausstattung, die Betonung des Stellenwerts der dualen Berufsausbildung, Einführung eines Bildungstickets für den ÖPNV sowie eine strategische Berufsorientierung an Oberschulen und Gymnasien. Auf Bundesebene muss die qualifizierte, arbeitsmarktorientierte Zuwanderung aus Drittstaaten durch die zügige Verabschiedung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes erleichtert werden. Dabei bedarf es dringend einer weiteren Vereinfachung und Entbürokratisierung. So ist die Vorrangprüfung am Arbeitsmarkt auch für Auszubildende abzuschaffen und die Beschäftigung von Drittstaatlern in der Zeitarbeit (§ 40 AufenthaltsgG) zu ermöglichen.

Der Bürokratieabbau muss endlich für die Unternehmen spürbar werden. An vielen Stellen dauern Antragsbearbeitungen aufgrund teilweise ineffiziente Strukturen, mangelnder Digitalisierung der Verwaltung und zu geringer Personalausstattung in den Behörden zu lange. Die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung im Freistaat muss daher konsequent vorangetrieben werden. Eine medienbruchfreie digitale Kommunikation ist als klares Ziel festzusetzen. Dokumentationspflichten sind in allen Rechtsgebieten (Datenschutz, Arbeitsrecht etc.) auf das Notwendigste zu beschränken. Für die Steigerung der Akzeptanz von Förderprogrammen müssen die Verfahren transparenter, schlanker und effizienter werden und auf vereinheitlichten Standards basieren. Außerdem würde die Abkehr von der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge vor allem kleine und mittlere Unternehmen enorm von Liquiditätsbelastungen und Bürokratieaufwand befreien.

Die Energiewende muss neben dem Klimaschutz ebenso Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit als zentrale Faktoren für den Wirtschaftsstandort sicherstellen. Neben dem Netzausbau und der Angleichung der Netzentgelte in ganz Deutschland muss eine stärkere Flexibilisierung von Angebot und Nachfrage die wachsende Volatilität der Erzeugung über den Markt auffangen. Ein weiterer Anstieg der Energiepreise muss abgewendet bzw. kompensiert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit aller Marktteilnehmer sicherzustellen. Die Empfehlungen der „Kohlekommission“ sind rasch in gesetzliche Regelungen zu überführen, um Planungssicherheit zu gewährleisten und den Strukturwandel zu gestalten. Besonderes Augenmerk muss den Check-Points in den Jahren 2023, 2026 und 2029 zukommen, um ggf. auf die sich nicht einstellende Fortschritte beim Zuwachs der erneuerbaren Energien, dem Netzausbau, der Versorgungssicherheit und der Strompreisentwicklung reagieren zu können.

Ansprechpartner für Medienanfragen:

IHK Chemnitz
Angela Grüner
Tel.: 0371 6900-1110
gruener@chemnitz.ihk.de

IHK Dresden
Lars Fiehler
Tel.: 0351 2802-220
fiehler.lars@dresden.ihk.de

IHK zu Leipzig
Jörg Hübner
Tel.: 0341 1267-1173
huebner@leipzig.ihk.de